

Zur Begutachtung von Unfallnervenkranken.

Von Dr. Siegmund Auerbach in Frankfurt a. M.

Es unterliegt wissenschaftlich keinem Zweifel, daß für den allergrößten Teil der an Unfallnervenkrankheiten Leidenden der Alkoholgenuß, auch der mäßige, außerordentlich schädlich ist und die Erwerbsfähigkeit in nicht geringem Grade beeinträchtigt. Nun erleben wir Nervenärzte es alltäglich, daß diese Unfallverletzten auch gegenüber den freundlichsten eindringlichen Ermahnungen, sich der geistigen Getränke gänzlich zu enthalten, taub bleiben. (Während der Dauer des Heilverfahrens haben sie selbstverständlich diese ärztliche Vorschrift wie jede andere unbedingt zu befolgen.) Es erhebt sich deshalb die Frage: Darf der Gutachter bei Abschätzung der Einbuße an Erwerbsfähigkeit nach Beendigung des Heilverfahrens im konkreten Fall voraussetzen, daß der Verletzte, wie es für sein Leiden und seine Arbeitsfähigkeit nach dem Urteile aller maßgebenden Autoritäten erforderlich ist, sich des Alkoholgenusses gänzlich enthält, oder muß er in seinem Gutachten davon ausgehen, daß das „ortsübliche“ Maß dieser Getränke zu konzedieren ist? Der Unterschied im Grade der Erwerbsfähigkeit ist in den beiden Fällen oft ein ganz beträchtlicher. Gerade diejenigen Beschwerden, von denen die Leute am meisten belästigt und in ihrer Arbeitsfähigkeit behindert werden, wie der Kopfschmerz und Schwindel, pflegen, wie sie oft selbst zugeben, durch ganz geringe Mengen geistiger Getränke, auch wenn vor dem Unfall normale Toleranz bestanden hat, erheblich gesteigert zu werden.

In den gebräuchlichen Handbüchern und Kommentaren habe ich über diese wichtige Frage nichts finden können; auch ist mir eine einschlägige Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes nicht bekannt geworden. Ich habe deshalb das Reichs-Versicherungsamt um Auskunft gebeten. Dieses antwortete mir, daß es, da es jederzeit in die Lage kommen könne, als Rekursgericht über die angeregte Frage zu entscheiden, eine Stellungnahme grundsätzlich ablehnen müsse. Es bleibt also meines Erachtens nichts weiter übrig,

als in Zukunft eine Abschätzung der Erwerbsbeeinträchtigung für die beiden Fälle, für den der absoluten Alkoholabstinenz und für den des — wenn auch nur mäßigen — Genusses geistiger Getränke, abzugeben. Die Berufsgenossenschaften werden dann voraussichtlich den geringeren Grad von Einbuße an Arbeitsfähigkeit akzeptieren, und es wird dann wohl bald zu einer Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes kommen.

Ich brauche wohl nicht hervorzuheben, daß für die Beurteilung der aufgeworfenen Frage die persönliche Stellung des Gutachters zu dem Problem der Alkoholabstinenz für Gesunde nicht in Betracht kommen kann. Es handelt sich vielmehr darum zu entscheiden, ob der Verletzte, der einen Rechtsanspruch auf Entschädigung von seiten öffentlicher Verbände hat, verpflichtet ist, seine Lebensweise so einzurichten, daß seine Arbeitsfähigkeit eine möglichst große und konstante ist. Die meisten billig denkenden Menschen werden wohl zu einer Bejahung dieser Frage kommen. Es dürfte aber zuzugeben sein, daß auch ein anderer Standpunkt denkbar ist, der es nicht für gerechtfertigt hält, irgend eine Person, auch einen entschädigungsberechtigten Unfallverletzten, so weit seiner persönlichen Freiheit zu berauben, daß man ihr den mäßigen Genuß geistiger Getränke dauernd verbietet. Die medizinische Wissenschaft und die ärztliche Erfahrung hat in dieser Sache längst ein eindeutiges Urteil abgegeben; jetzt mögen die entscheidenden Verwaltungsinstanzen sprechen.
